

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 06.12.2012 im Kreishaus Borken

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken
Ludwig Artmeyer	Bocholt
Eckart Ballenthin	Stadtlohn
Werner Bleker	Borken
Reinhard Böcker	Ahaus
Barbara Büscher	Stadtlohn
Karlheinz Busen	Gronau
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Günther Dirks	Borken
Dietmar Eisele	Ahaus
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Frank Engbers	Südlohn
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Sven Gabbe	Gronau
Magdalene Garvert	Rhede
Heinz Gausling	Legden
Ulrich Gühnen	Isselburg
Otger Harks	Stadtlohn
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Markus Jasper	Heek
Günter Kendzierski	Gronau
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Wolfgang Klein	Ahaus
Anne König	Borken
Markus Krafczyk	Bocholt
Wolfgang Kramer	Gescher
Bernhard Krasenbrink	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Paul Lensing	Borken
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Heinrich Lübbering	Vreden
Gerhard Ludwig	Borken
Klaus Meyermann	Bocholt
Helmut Möllenkotte	Schöppingen

Heiko Nordholt	Gronau	
Norbert Oenning	Borken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	bis TOP 6
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernd Schlipfing	Vreden	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Spahn	Ahaus	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	bis TOP 7

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Dr. Elisabeth Schwenzow	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Walter Alfert	
Anne-Katrin Schlüter	
Kirsten Tenspolde	

Es fehlen entschuldigt:

Arno Berning	Raesfeld
Ralf Bertram	Bocholt
Heidi Buskase	Gronau
Johannes Maus	Velen
Wolfgang Kurt Mazur	Gronau

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Landrat Dr. Zwicker den Kreistagsabgeordneten Spahn und Schulte, U., zu ihren guten Ergebnissen bei der Nominierung als Bundestagskandidaten sowie Herrn Spahn zur Wahl in den Bundesvorstand der CDU. Ebenso gratuliert er der Kreistagsabgeordneten Pohl zu ihrer Wahl in die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

Des Weiteren händigt Landrat Dr. Zwicker dem Kreistagsabgeordneten Nordholt, der in der letzten Sitzung des Kreistages am 04.10.2012 zum stellvertretenden Kreisausschussmitglied gewählt wurde, die Ernennungsurkunde zur Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter aus und vereidigt ihn mit folgender Eidesformel:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Im Anschluss daran stellt Landrat Dr. Zwicker Einvernehmen fest, die Tagesordnung der Kreistagssitzung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidung gem. § 11 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken im öffentlichen Teil um die Tagesordnungspunkte „Verbesserung der hausärztlichen Versorgung“ (Tagesordnungspunkt 12) und „Konzeption zur Unterstützung der Weiterbildungsmaßnahmen zu Familienhebammen“ (Tagesordnungspunkt 15) zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Zudem weist Landrat Dr. Zwicker darauf hin, dass Center TV Aufnahmen zum Tagesordnungspunkt 7 „Änderung des § 8 Fahrzeugzulassungsverordnung – Liberalisierung des Kfz-Kennzeichenrechts“ machen wird. Dies sei entsprechend der Geschäftsordnung des Kreistages ohne weitere Zustimmung des Kreistages zulässig. Jeder an der Sitzung Teilnehmende könne jedoch der Aufzeichnung seiner Ausführungen widersprechen. Er bitte in diesem Fall um eine entsprechende Rückmeldung.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Landrat Dr. Zwicker berichtet, es liege eine Einwohnerfrage zur Umsetzung der Rechtsverordnung für die Anwendung des Tariftreuegesetzes im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor. In Absprache mit dem anwesenden Vertreter der Fragesteller, Herrn Sauer, verweist er auf die als Tischvorlage ausgelegte Antwort der Verwaltung.

Zur Nachfrage von Herrn Sauer führt Dr. Paßlick aus, der freigestellte Schülerverkehr unterliege nicht der Verbindlichkeitserklärung des Ministers, weil es sich nicht um konzessionierten Linienverkehr handele. Deshalb sei die Anwendung des TV-N hier nicht verpflichtend. Es gelte aber der allgemeine Mindestlohn nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz in Höhe von 8,62 Euro/Std.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.10.2012

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.10.2012 wird genehmigt.

Punkt 3: Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013
Vorlage: 0302/2012
Vorlage: 0302/2012/1

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Zu den Haushaltsreden von Landrat Dr. Zwicker und Kreiskämmerer Kersting wird auf die **Anlagen 1 und 2** zur Niederschrift verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2013 mit seinen Anlagen wird an die Fachausschüsse und zur abschließenden Vorberatung an den Kreisausschuss überwiesen.

Die im Rahmen der Benehmensherstellung eingegangenen Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken, der Stadt Bocholt und der Stadt Gronau sowie die Ausführungen der Verwaltung hierzu werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Bestellung einer neuen Leitung für den Fachdienst Revision und Aufsicht
Vorlage: 0306/2012

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker verweist auf den im Kreisausschuss zur Klarstellung erweiterten Beschlussvorschlag und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag bestellt mit Wirkung zum 01.01.2013 Frau Kreisoberamtsrätin Doris Gausling zur neuen Leiterin des Fachdienstes Revision und Aufsicht (14). Der bisherige Leiter, Kreisverwaltungsdirektor Alfert, wird zum 31.12.2012 abberufen.

Punkt 5: Bürgschaft für die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW)
Vorlage: 0293/2012
Vorlage: 0293/2012/1 - Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 29.11.2012.

Punkt 6: Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011
Vorlage: 0301/2012

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2011 wird im Anschluss an die Zuleitung an den Kreistag zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Punkt 7: Änderung des § 8 Fahrzeugzulassungsverordnung - Liberalisierung des KFZ-Kennzeichenrechts
Vorlage: 0297/2012
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2012
Vorlage: 0319/2012

Berichtersteller/in:

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Landrat Dr. Zwicker fasst kurz den Diskussionsverlauf seit Beginn des Jahres zusammen. Nach dem ablehnenden Beschluss des Kreistages zur Abfrage des Landesverkehrsministeriums im März habe es im Verlauf des Sommers eine intensive Diskussion über die Kennzeichen gegeben. Mit seiner Entscheidung habe der Bundesrat klargestellt, dass keine neuen Kennzeichen beantragt, aber die alten wieder zugelassen werden können. Für die heutige Diskussion gebe es somit eine andere rechtliche Grundlage als noch für die Diskussion im März. Unterschriftensammlungen in Ahaus und Bocholt hätten zudem den starken Bürgerwillen zum Ausdruck gebracht.

Kreistagsabgeordneter Schöning beantragt im Namen der FDP-Fraktion die Vertagung der Entscheidung, da noch die Umbenennung des Kreises im Raume stehe und die Kennzeichenfrage somit nicht abschließend entschieden werden könne. Erst vor kurzem habe der Kreistag beschlossen, intensiver über eine Umbenennung zu diskutieren. Wenn jetzt neben dem bisherigen Kennzeichen auch andere zugelassen würden, sei dies widersinnig. Außerdem seien die vorgelegten Unterschriften noch nicht aussagekräftig genug. Fraglich sei die Meinung der übrigen Fahrzeughalter, der Bürgermeister, der Institutionen und Einrichtungen im Kreis. Die FDP-Fraktion beantrage daher, über einen Kreistagsbürgerentscheid gem. § 23 Abs. 1 KrO zu beschließen. Der Kreistag könne mit 2/3 Mehrheit bestimmen, dass die Entscheidung über die Wiedereinführung der Kennzeichen an die Bürger weitergegeben werde.

Die SPD-Fraktion sehe den Punkt durchaus als entscheidungsreif an, betont Kreistagsabgeordnete Schulte, U. Es solle den Bürgern freigestellt werden, ob sie die neuen Möglichkeiten nutzen oder nicht. Zusätzlich könne der Kreis sogar Mehreinnahmen durch die Wiedereinführung generieren. Ihre Fraktion habe die namentliche Abstimmung beantragt.

Auch Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus. Selbst wenn der Kreis umbenannt werde, sei eine Entscheidung über die Wiedereinführung der Altkennzeichen zu treffen. Die Beratung über die Umbenennung des Kreises könne also unabhängig davon für eine künftige Sitzung vorbereitet werden.

Kreistagsabgeordnete Sommers wirbt um Unterstützung für die Wiedereinführung der Altkennzeichen. Hier biete sich die Möglichkeit etwas Positives für die Bürger und gegen die Politikverdrossenheit zu tun, ohne Mehrkosten für die Verwaltung.

Die Entscheidung über die Wiedereinführung sei überreif, merkt Kreistagsabgeordneter Steiner an. Die Diskussion sei teilweise übertrieben und aufgeladen worden. Eine namentliche Abstimmung oder einen Bürgerentscheid, der lange dauern und wohl 150.000 € kosten würde, zu beantragen, halte er für unverhältnismäßig. Die Fraktion B90/Die Grünen wolle den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung selber überlassen, welches Kennzeichen sie wählen und werde daher für eine Wiedereinführung abstimmen.

Einen Bürgerentscheid ausschließlich wegen der entstehenden Kosten abzulehnen, statt über das Für und Wider zu diskutieren, halte er für sehr bedenklich, wendet Kreistagsabgeordneter Spahn ein. Er schlägt vor, die Altkennzeichen wieder einzuführen, aber gleichzeitig den Kreisnamen in Westmünsterlandkreis Borken zu ändern. So schaffe man einen verbindenden Namen, der im Übrigen auch schon jetzt auf den Briefköpfen des Kreises als Namensergänzung zu finden sei.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Spahn antwortet Landrat Dr. Zwicker, ihm sei nicht bekannt, dass eine Beantragung der Altkennzeichen zu einem späteren Zeitpunkt negative Auswirkungen für den Kreis hätte.

Kreistagsabgeordneter Ludwig gibt zu bedenken, dass der Kreis Borken nicht allein im Westmünsterland liege. So sei eine Umbenennung auch mit den Nachbarkreisen abzustimmen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion unterbricht Landrat Dr. Zwicker die Sitzung von 18:45 bis 19:10 Uhr.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., berichtet, die CDU-Fraktion beantrage die Umbenennung des Kreises Borken in Westmünsterlandkreis Borken sowie die Wiedereinführung der Altkennzeichen AH und BOH. Zur Begründung verweist er auf die Diskussion über die identitätsstiftende Wirkung. Mit der Umbenennung könne ein Bogen geschlagen und die ganze Debatte abgerundet werden.

Kreistagsabgeordneter Steiner bringt sein Befremden über diesen nicht mit den anderen Fraktionen abgestimmten, spontanen Antrag zum Ausdruck. Ohne eine Vorbereitung und Klärung hinsichtlich möglicher Kosten und sonstiger Auswirkungen solle solch eine gravierende Entscheidung getroffen werden. Er bitte daher um Prüfung der Zulässigkeit dieses Antrags.

Die Kreistagsabgeordneten Schöning, Ludwig und Eisele melden ebenfalls erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit des Antrags an und schließen sich der Bitte um Prüfung an. Kritisch hinterfragt werden ebenfalls die entstehenden Kosten sowie die fehlende Einbindung von Institutionen.

Die Idee sei grundsätzlich diskutabel, erklärt Kreistagsabgeordnete Schulte, U., jedoch mit einer entsprechenden Vorbereitung in einer der nächsten Sitzungen. Sollte heute darüber abgestimmt werden, werde sie eine Sitzungsunterbrechung oder zumindest getrennte Abstimmung beantragen.

Kreistagsabgeordneter Spahn ergänzt, aus der jetzt ermöglichten Wiedereinführung von Altkennzeichen ergebe sich ein Verlust hinsichtlich des Zusammenhalts im Kreis. Daher wolle die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion erweitern und den Zusatz „Westmünsterland“, der längst seitens des Kreises geführt werde, in die offizielle Namensbezeichnung des Kreises überführen. Damit könnten die beiden Diskussionsstränge zusammengeführt und ein „Identitätsbogen“ gespannt werden.

Nach weiterer kontroverser Diskussion macht Lt. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick deutlich, dass er die Beschlussfassung über die Umbenennung in der heutigen Sitzung für rechtlich unzulässig halte.

Kreistagsabgeordneter Spahn unterstreicht, anlässlich der Diskussion um die Kfz-Kennzeichen hätten sich viele Initiativen und Verbände bereits mit dem Thema der Identifikation mit dem Kreis beschäftigt. Daher biete es sich an, diese Debatte aufzugreifen. Sollte eine Beratung in der heutigen Sitzung nicht möglich sein, könne diese in einer der nächsten Sitzungen fortgeführt werden. Zu den bei einer Umbenennung entstehenden Kosten merkt er an, es sei auch möglich zu beschließen, dass nur Neues und Auszutauschendes (Büromaterial, Ortsschilder etc.) mit dem neuen Namen angeschafft werde, so dass keine Mehrkosten im Vergleich zu einer Beibehaltung des bisherigen Kreisnamens entstehen würden.

Die CDU-Fraktion habe die heutige Umbenennung für einen gangbaren Weg gehalten, lenkt Kreistagsabgeordneter Schulte, M., ein. Er beantrage nun, dass die Verwaltung die Umbenennung für eine der nächsten Sitzungen des Kreistages vorbereite. Für die Abstimmung über die Kfz-Kennzeichen beantrage die CDU-Fraktion die geheime Abstimmung.

Landrat Dr. Zwicker fasst zusammen, dass das Thema der Umbenennung des Kreises somit für die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Kreistages vorgesehen sei. Klar geworden sei, dass alle Fraktionen ernsthaft über den Vorschlag diskutieren wollten. Die von der SPD-Fraktion beantragte Sitzungsunterbrechung sei aufgrund der Vertagung der Umbenennung nicht mehr notwendig, bestätigt Kreistagsabgeordnete Schulte, U., auf Anfrage des Landrates.

Landrat Dr. Zwicker lässt daraufhin über den Antrag der FDP-Fraktion auf Vertagung der Abstimmung über die Kfz-Kennzeichen abstimmen.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
50 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides zieht die FDP-Fraktion zurück.

Zum Abstimmungsverfahren über die Kfz-Kennzeichen führt Landrat Dr. Zwicker aus, es liege sowohl ein Antrag auf namentliche als auch ein Antrag auf geheime Abstimmung vor. Gemäß § 35 Abs.1 Satz 6 KrO habe in diesem Fall die geheime Abstimmung Vorrang. Er bitte die Fraktionen, jeweils einen Stimmzähler zu benennen. Benannt werden die Kreistagsabgeordneten Artmeyer, Busen, Gühnen, Harks und Krafczyk.

Landrat Dr. Zwicker unterbricht die Sitzung für die Stimmabgabe und Auszählung.

Landrat Dr. Zwicker gibt das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt:

Beschluss: 35 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Wiedereinführung der Altkennzeichen BOH und AH wird zugestimmt.

Punkt 8: Region in der Balance - Leitlinien und Handlungskonzept
Vorlage: 0283/2012

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Den Leitlinien und dem Handlungskonzept für ein nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung wird zugestimmt.

Punkt 9: Verlängerung der Freistellungsregelung für das Reiten im Wald
Vorlage: 0284/2012

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Die Freistellungsregelung gemäß § 50 Abs. 2 Landschaftsgesetz (LG) NW wird verlängert. Sie tritt spätestens am 31.12.2016 außer Kraft, wenn nicht der Kreistag eine weitere Verlängerung beschließt.

Punkt 10: Konzept für die Alttextilsammlung im Kreis Borken
Vorlage: 0288/2012

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Kreistagsabgeordneter Ludwig schlägt vor, das Gremium, das über die Erstellung des Konzeptes berate, solle sich auch mit der weiteren Verwertung und den Stoffströmen befassen. Im Rahmen der Möglichkeiten des Kreises sollten die Auswirkungen insbesondere des Exports von Alttextilien in die Entwicklungsländer berücksichtigt werden.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie der EGW unter Einbindung der im Kreis Borken tätigen gemeinnützigen Verbände und Vereine ein Konzept für eine kommunale Alttextilsammlung spätestens bis zum 31.12.2013 zu erstellen, so dass spätestens ab 2014 mit der gemeinsamen Sammlung begonnen werden kann.

Punkt 11: Sportprojekte - hier: Zuschussgewährung
Vorlage: 0307/2012

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreistagsabgeordneter Böcker berichtet, die FDP-Fraktion habe sich intensiv mit dem Antrag der eads auseinandergesetzt. Zuletzt habe der Kreistag in seiner Sitzung am 05.07.2012 mehrheitlich beschlossen, der eads den beantragten Zuschuss nicht zu gewähren. Jetzt liege ein Antrag vor, der fast wortgleich mit dem damaligen Schreiben vom 21.06.2012 sei. Zwar werde weniger Geld beantragt, inhaltlich gebe es jedoch keine neuen Erkenntnisse. Die FDP-Fraktion beantrage daher wie schon im Kreisausschuss die Kündigung der Mitgliedschaft in der eads.

Die SPD-Fraktion halte ihren Antrag auf Auszahlung von 11.250 € an die eads aufrecht, unterstreicht Kreistagsabgeordnete Schulte, U. Sie kritisiere nach wie vor, dass der im Haushalt vorgesehene Zuschuss sehr spät im Jahr gestrichen worden sei. Informationen, die gegen eine Bezuschussung in der genannten Höhe sprechen, hätten ihrer Fraktion nicht vorgelegen.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., betont die intensive Diskussion über die Bezuschussung der eads in den vergangenen Jahren. Die angemahnten Informationen seien von der eads nicht geliefert worden. Um die eads für das Jahr 2012 nicht ohne Mittel dastehen zu lassen, beantrage die CDU-Fraktion eine anteilige Bezuschussung von 2/3 des offenen Betrages, also 7.500 €. Im Übrigen habe die eads selbst um eine angemessene Bezuschussung zu den dargelegten Personalkosten gebeten. Die CDU-Fraktion halte daher 2/3 für einen angemessenen Anteil. Es gehe somit gerade nicht um eine Kürzung. Dem Antrag der FDP werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Die Bezuschussung der eads sei intensiv in diversen Gremien diskutiert worden, bekräftigt Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski. Die UWG-Fraktion werde dem Vorschlag der CDU, 7.500 € zu zahlen, zustimmen, um die Diskussion abzuschließen. Nach der Kündigung der Mitgliedschaft bei der eads, die voraussichtlich Ende 2013 zum Tragen komme, bestehe die Möglichkeit auf eine konstruktivere Arbeitsebene zurückzufinden.

Kreistagsabgeordneter Steiner hätte sich angesichts der Gründungsmitgliedschaft des Kreises Borken in der eads und der nach wie vor wichtigen und guten Ursprungsidee des Vereins eine intensivere Auseinandersetzung mit Alternativen zum Austritt gewünscht. Außerdem habe der Kreistag der eads die Möglichkeit gegeben, Projektmitelanträge zu stellen,

was vorliegend erfolgt sei. Die Fraktion B90/ Die Grünen plädiere daher für eine vollständige Auszahlung in Höhe von 11.250 €.

Landrat Dr. Zwicker lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, den Zuschuss in Höhe von 11.250 € zu gewähren.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
39 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Landrat Dr. Zwicker über den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abstimmen, einen Zuschuss in Höhe von 7.500 € zu gewähren.

Beschluss: einstimmig bei 15 Enthaltungen

Der Kreistag gewährt der eads aufgrund ihres Antrages vom 24.11.2012 einen anteiligen Zuschuss von 7.500 € zur Deckung der entstandenen Kosten.

Zuletzt lässt Landrat Dr. Zwicker über den Antrag der FDP-Fraktion auf Beendigung der Mitgliedschaft bei der eads zum nächstmöglichen Zeitpunkt abstimmen.

Beschluss: 38 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Die Mitgliedschaft des Kreises Borken in der Europäischen Akademie des Sports (eads) wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet.

Punkt 12: Verbesserung der hausärztlichen Versorgung
Vorlage: 0309/2012

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Dem Konzept „Praxismonat“ für Medizinstudenten wird zugestimmt. Die Mittel in Höhe von 19.000,00 € für die geplanten Aktionen werden im Haushalt 2013 – Budget 04 – zur Verfügung gestellt. Haushalterisch ist Vorsorge dafür zu treffen, dass die geplante Maßnahme im März 2013 tatsächlich beginnen kann.

Punkt 13: Bildung der Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LPVG NW)
Vorlage: 0272/2012

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

1. Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle wird bestellt:
Herr Dr. Klaus Wessels, Richter am Arbeitsgericht Hamm

Zu seinem Stellvertreter:
Herr Dr. Martin Middeler, Richter am Amtsgericht Borken

Die Zahl der Beisitzer wird auf 12 festgelegt.

2. Zu Beisitzerinnen und Beisitzern werden seitens der Arbeitgeber bestimmt:
 - a) Frau Ingrid Beutel-Menzel, Leiterin des Fachbereiches Zentrale Steuerung der Stadt Coesfeld
 - b) Herr Jörg Heselhaus, Leiter Fachbereich Allgemeine Verwaltung der Gemeinde Raesfeld
 - c) Frau Dr. Gerswid Altenhoff-Weber, Leiterin der Abteilung Zentrale Aufgaben / Kreispolizeibehörde Borken
 - d) Frau Monika Nagel, Leiterin Fachbereich Personal, Organisation und IT der Stadt Borken
 - e) Herr Jürgen Lammers, Leiter Leiter Fachbereich Allgemeine Verwaltung der Gemeinde Heek
 - f) Herr Stephan Beck, Leiter der Abteilung Personal des Kreises Coesfeld

Punkt 14: Gremienbesetzungen

Punkt 14.1: Nachbesetzungen im Jugendhilfeausschuss Vorlage: 0303/2012

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

1. Als Nachfolger von Herrn Helgo Eiting wird Herr Ralf Brüchmann als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied (persönliche Stellvertretung für das Ausschussmitglied (Marlis Spieker-Kuhmann) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
2. Als Nachfolger von Frau Christine Preuss-Sapper wird Herr Heinz-Josef Tönnies als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied (persönliche Stellvertretung für das Ausschussmitglied Benedikt Kemper) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Punkt 14.2: Antrag auf Umbesetzung Antrag der FDP-Fraktion v. 09.11.2012 Vorlage: 0294/2012

Berichterstatter/in: Kreistagsabgeordneter Schöning

Beschluss: einstimmig

1. Ausschuss für Kultur und Sport
Ordentliches Mitglied und stellvertretender Vorsitzender Sascha Grawunder, Vreden.
Stellvertreter Kreistagsmitglied Günther Dirks.
2. Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Neues stellvertretendes Mitglied in diesem Ausschuss soll Kevin Schneider, Isselburg, werden.
3. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Partnerschaft

Neues ordentliches Mitglied soll werden Kreistagsmitglied Wolfgang Klein und die Position des Stellvertreters übernimmt das Kreistagsmitglied Bernd Schöning.

4. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Kulturhistorisches Zentrum (Planungsbegleitgruppe)
Ordentliches Mitglied soll werden Kreistagsmitglied Wolfgang Klein.
Stellvertreter insoweit soll werden Kreistagsmitglied Günther Dirks.
5. Rechnungsprüfungsausschuss
Stellvertretendes Mitglied soll der Kreistagsabgeordnete Reinhard Böcker werden.
6. Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH-Aufsichtsrat
Neues ordentliches Mitglied in diesem Gremium soll das Kreistagsmitglied Reinhard Böcker werden.
7. Sparkasse Westmünsterland Verbandsversammlung
Neues ordentliches Mitglied soll das Kreistagsmitglied Wolfgang Klein werden.
8. Zweckverband SPNV Münster – Verbandsversammlung
Neues ordentliches Mitglied soll Edgar Gebing, Vreden, werden. Die Stellvertreterposition soll übernehmen, Hermann Gebbing, Isselburg.

Punkt 14.3: Antrag auf Gremienumbesetzung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 26.11.2012
Vorlage: 0310/2012

Berichterstatter/in: Kreistagsabgeordnete Welper

Beschluss: einstimmig

Ausschuss für Schule und Bildung:

Statt des bisherigen stellv. Mitglied Martin Rath neu: Hildegunde Hagemann

Punkt 15: Konzeption zur Unterstützung der Weiterbildungsmaßnahmen zu Familienhebammen
- **Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen v. 29.11.2012**
Vorlage: 0313/2012
- **Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen 2012-2015**
Vorlage: 0315/2012

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Zwicker lässt über die - aufgrund des im Kreisausschuss am 29.11.2012 verabschiedeten fraktionsübergreifenden Antrags - von der Verwaltung erstellte Konzeptvorlage 0315/2012 abstimmen.

Hinweis der Verwaltung:

Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus der Bundesinitiative Netzwerk Frühe Hilfen und Familienhebammen wurde mit Datum vom 07.12.2012 dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW zugeleitet. Mit Bewilligungsbescheid vom 12.12.2012 wurden die beantragten Mittel von 26.167 € für das Jahr 2012 bewilligt und anschließend ausgezahlt. Die Weiterleitung der Mittel an die Kreishebammenchaft soll in der 51. KW erfolgen.

Beschluss: einstimmig

Der vorgeschlagenen Verwendung der Bundesmittel wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Zuteilung der Mittel zu stellen.

Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung

**Punkt 16.1: Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland - Ergebnis der Auslosung für den Architektenwettbewerb
Anlage**

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die als Tischvorlage ausgelegte Information über das Ergebnis der Auslosung von Büros, die am Architektenwettbewerb für das „Kulturhistorische Zentrum Westmünsterland“ teilnehmen.

**Punkt 16.2: Zahnärztliche Reihenuntersuchungen - Antwort des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW
Anlage**

Ebenfalls als Tischvorlage ausgelegt sei das Antwortschreiben des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW zum Thema „finanzieller Ausgleichsanspruch der Jugendämter für die zahnärztlichen Reihenuntersuchungen in Kitas“, teilt Landrat Dr. Zwicker mit. Die Antwort sei wenig zufriedenstellend, aktuell werde eine Klagemöglichkeit geklärt.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, aktuell seien ihm seitens des Landkreistages die Ergebnisse einer Bestandserhebung des Landeszentrums für Gesundheit zu den zahnärztlichen Reihenuntersuchungen mitgeteilt worden (s. **Anlage 3**). An der Abfrage hätten sich 38 von 53 Gesundheitsämtern in NRW beteiligt. Das entspreche nach LZG-Berechnung einem Rücklauf von 72 %.

Von diesen 38 Gesundheitsämtern hätten 4 (=10,5 %) im letzten Schuljahr keine zahnärztlichen Reihenuntersuchungen in Kitas durchgeführt. Von den übrigen 34 (=89,5 %) hätten 7 Gesundheitsämter (=17,6 %) Reihenuntersuchungen nur in ausgewählten Kitas durchgeführt. 34 der 38 Gesundheitsämter (=89,5 %) – also alle, die ganz oder teilweise zahnärztliche Reihenuntersuchungen durchführen – hätten erklärt, dass sie mit ihren speziell auf Kariesrisikokinder zielenden Maßnahmen nicht alle betroffenen Kinder erreichten.

Damit sei klar, dass der Kreis Borken keineswegs so singulär in NRW gewesen sei, wie seine Kritiker und die Landesregierung glauben machen wollten. Wenn 10,5 % der an der Abfrage beteiligten Gesundheitsämter keine zahnärztlichen Reihenuntersuchungen in Kitas durchführten und 17,6 % der verbleibenden Gesundheitsämter nur in ausgewählten Kitas untersuchten, müsse die Positionierung des MFKJKS vom 23.11.2012, der zufolge die Ergänzung des § 10 Abs. 3 KiBiz keine neue Regelung, sondern eine Präzisierung ohne Konnexitätsrelevanz sei, kritisch hinterfragt werden. Offensichtlich hätten eine Reihe weiterer Kreis- und Stadtverwaltungen den bisherigen Wortlaut des KiBiz so verstanden wie der Kreis Borken. Diese Verwaltungen würden – wie der Kreis Borken – durch die Novellierung des KiBiz gezwungen, ihre personellen Kapazitäten in den zahnärztlichen Diensten aufzustocken.

Der Petitionsausschuss des Landes habe mit Bescheid vom 21.01.2011 – also vor der Novellierung des KiBiz – bestätigt, dass aus dem damaligen Wortlaut des Gesetzes eine Verpflichtung zur Durchführung von zahnärztlichen Reihenuntersuchungen nicht abgeleitet werden könne. Dies sei ein weiterer Beleg dafür, dass die Ergänzung des § 10 Abs. 3 KiBiz keineswegs eine Präzisierung, sondern eine konnexitätsrelevante Neuregelung sei.

Punkt 16.3: Beabsichtigte Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Kreises Borken

Landrat Dr. Zwicker informiert, voraussichtlich für die nächste Sitzung des Kreistages werde die aufgrund des neuen Gesetzes zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes notwendig gewordene Anpassung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung vorbereitet.

Punkt 16.4: TEN-T Programm

Landrat Dr. Zwicker informiert, die EU wolle im kommenden TEN-T-Programm Mittel zum Ausbau von Verkehrskorridoren zur Verfügung stellen. Der Ost-West-Korridor Warschau – Berlin – Rotterdam, auch TEN-T Corridor 2 genannt, tangiere den Kreis Borken im Norden. Auf Initiative der EUREGIO solle zusammen mit Partnern auf beiden Seiten der Grenze der Auf- und Ausbau des Corridor 2-Programms bearbeitet und damit verbunden eine Studie rund um den Twente-Mittellandkanal erstellt werden. Der Kreis Borken werde dafür aus INTERREG-Mitteln einen finanziellen Beitrag von 2.500 € leisten.

Punkt 17: Anfragen

**Punkt 17.1: Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG NRW)
Anfrage der FDP-Fraktion v. 03.12.2012
Vorlage: 0316/2012**

Landrat Dr. Zwicker weist auf die als Tischvorlage ausgelegte Anfrage der FDP-Fraktion hin. Die Antwort der Verwaltung liege ebenfalls als Tischvorlage aus.

Kreistagsabgeordneter Schöning erklärt, er habe keine weiteren Fragen.

Punkt 17.2: Korruptionsbekämpfungsgesetz

Kreistagsabgeordneter Ludwig merkt an, bei einem Blick in die Auflistung der Angaben der Kreistagsabgeordneten zum Korruptionsbekämpfungsgesetz sei ihm aufgefallen, dass es in der Rubrik „Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen“ kaum Eintragungen gebe. Hier bestehe womöglich eine Unsicherheit, welche Angaben dort zu machen seien. Eventuell sei eine Handreichung zu diesem Thema dienlich.

Landrat Dr. Zwicker bietet an, bei Unsicherheiten könnten sich die Kreistagsabgeordneten melden, um entsprechende Informationen zu erhalten.

Ende des öffentlichen Teils

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.
Dr. Kai Zwicker

gez.
Kirsten Tenspolde